

Niederschrift 2023

über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Montag, 20.11., Dienstag, 21.11.2023; Rathausaal 101, Willi-Hörter-Platz 1,
zu der am 09.11.2023 eingeladen worden war.

Anwesend sind - zum Teil zeitweise -:

Vorsitzender des Gremiums Herr Oberbürgermeister David Langner

**Vorsitzende/r Ratsfraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN** Frau Ulrike Bourry

**Ratsfraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN** Herr Hans-Peter Ackermann
Frau Lena Etzkorn
Herr Gordon Gniewosz,
Herr Dr. Ulrich Kleemann
Herr Carl-Bernhard von Heusinger
Frau Ute Görden
Frau Dr. Carolin Schmidt-Wygasch

Vorsitzende/r Ratsfraktion CDU Herr Stephan Otto

Ratsfraktion CDU Frau Anna-Maria Schumann-Dreyer
Herr Peter Balmes
Herr Ernst Knopp
Herr Karl-Heinz Rosenbaum
Frau Monika Sauer
Herr Tim Josef Michels
Herr Rudolf Kalenberg

Vorsitzende/r Ratsfraktion SPD Frau Marion Lipinski-Naumann

Ratsfraktion SPD Herr Manfred Bastian
Herr Detlef Pilger
Herr Thomas Kirsch
Herr Fritz Naumann
Herr Toni Bündgen
Frau Dr. Anna Köberling

Ratsfraktion FW Herr Christian Altmaier
Herr Edgar Kühenthal
Frau Julia Maria Kübler
Frau Angela Keul-Göbel

Ratsfraktion AfD Herr Joachim Paul
Herr Fabian Geissler

Vorsitzende/r **Ratsfraktion WGS**

Herr Torsten Schupp

Ratsfraktion WGS

Herr Manfred Diehl

Ratsfraktion Linke-Partei

Herr Kevin Wilhelm

Vorsitzende/r **Ratsfraktion FDP**

Herr Christoph Schöll

Ratsfraktion FDP

Herr David Josef Hennchen

Landeschüler*innenvertretung RLP
Stv. Vorsitzender Jugendrat

Herr Leo Reinemann

Personalrat

Frau Sandra Müller
Herr Daniel Bach

Gleichstellungsbeauftragte
Stv. Gleichstellungsbeauftragte

Frau Alexandra Schäfer
Frau Marion Hallermann

Stadtvorstand

Frau Bürgermeisterin Ulrike Mohrs
Frau Beigeordnete PD Dr. Margit Theis-Scholz
Herr Beigeordneter Bert Flöck

Verwaltung

Amt 20/Kämmerei und Steueramt

Herr Rainer Grings
Herr Andreas Endres
Herr Jakob Löwen
Herr Frank Böckling
Herr Dominik Müller
Frau Martina Necknig
Herr Lukas Scheid

Herr Jörg Pfeffer, Dezernatsbüro FB 02
Herr Christian Stein, Dezernatsbüro FB 04
Herr Tobias Weiß-Bollin, Dezernatsbüro
FB 04

Amt 01/ Büro des Oberbürgermeisters/ Zentrale Angelegenheiten

Herr Perry Metten-Golly
Herr Marco Karbach
Frau Dagmar Körner
Herr Markus Mannebach

Amt 10/Amt für Personal und Organisation

Herr Stefan Kux
Frau Elisa Retzmann
Frau Simone Fransen
Frau Lisa Marie Spang

Amt 14/Rechnungsprüfungsamt

Herr Bernd Enkirch

Amt 21/Stadtkasse

Frau Bianca Kaut

Amt 31/Ordnungsamt

Herr Josef Hehl
Herr Markus Schmitt
Frau Yannick Hell
Herr Marvin Neuzerling

Amt 34/Bürger- und Standesamt

Herr Rainer Adamy

Amt 36/Umweltamt

Herr Johannes Mader
Frau Sabine Kapell

**Amt 37/Amt für Brand- und
Katastrophenschutz**

Herr Meik Maxeiner
Herr Dirk Gewehr

Amt 40/Kultur- und Schulverwaltungsamt

Herr Jürgen Karbach
Frau Rebecca Milles

Amt 42/Stadtbibliothek

Frau Susanne Ott

Amt 43/Volkshochschule

Frau Nicole Kuprian

Amt 44/Musikschule

Herr Dominik Grimm

Amt 45/Mittelrhein-Museum

Herr Dr. Matthias von der Bank
Frau Isabell Waldorf

Amt 45/Ludwig-Museum

Frau Prof. Dr. Beate Reifenscheid-Ronnisch
Herr Thomas Rinck

Amt 46/Stadttheater

Herr Markus Dietze
Herr Raimund Lehmkuhler

Amt 47/Stadtarchiv

Herr Michael Kölges

**Amt 50/Amt für Jugend, Familie, Senioren
und Soziales**

Frau Martina Schüller
Herr Peer Pabst
Herr Johannes Kraft
Frau Lena Steinseifer

Amt 52/Sport- und Bäderamt

Frau Gabriele Schwarz
Herr Michael Weyh

**Amt 61/Amt für Stadtentwicklung und
Bauordnung**

Herr Frank Hastenteufel
Herr Thomas Hillesheim
Frau Sonja Thiyagarajah

**Amt 62/Amt für Stadtvermessung und
Bodenmanagement**

Herr Michael Heisser
Frau Helene Lebsack

Amt 65/Zentrales Gebäudemanagement

Herr Hubert Kroh
Frau Susanne von Wnuk-Lipinski
Frau Astrid Müller
Herr Josef Heinen

Amt 66/Tiefbauamt

Herr Dr. Kai Mifka
Herr Andreas Schilling
Frau Anja May

Amt 80/ Amt für Wirtschaftsförderung

Herr Thomas Hammann

**EB 17/Eigenbetrieb Kommunales
Rechenzentrum**

Herr Andreas Sartorius

**EB 67/Eigenbetrieb Grünflächen- und
Bestattungswesen**

Herr Andreas Drechsler
Herr Oliver Stracke
Frau Christina Pott

**EB 70/Eigenbetrieb Kommunaler
Servicebetrieb Koblenz**

Herr Marc Danne
Herr Joachim Gerhartz

EB 83/Eigenbetrieb Koblenz-Touristik

Herr Jochen Benekenstein-Schultheiß
Herr Eugen Hoch

EB 85/Eigenbetrieb Stadtentwässerung

Herr Bernhard Mohrs

Protokollführung Amt 20/ Kämmerei und Steueramt

Anwesenheit	Herr Jakob Löwen
Allgemeine Einführung	Herr Jakob Löwen
Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“	Frau Martina Necknig
Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“	Herr Lukas Scheid
Teilhaushalt 03 „Umwelt“	Frau Martina Necknig
Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“	Herr Lukas Scheid
Teilhaushalt 05 „Sicherheit und Ordnung“	Herr Lukas Scheid
Teilhaushalt 06 „Soziales und Jugend“	Frau Martina Necknig
	Herr Dominik Müller,
Teilhaushalt 07 „Sport“	Frau Martina Necknig
Teilhaushalt 08 „Schulen“	Herr Dominik Müller
Teilhaushalt 09 „Kultur“	Herr Lukas Scheid
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“	Herr Dominik Müller
	Herr Frank Böckling
	Herr Jakob Löwen
Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzleistungen“	Herr Jakob Löwen
Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe	Herr Frank Böckling

Sitzungsverlauf: Montag, 20.11.2023: Beginn 09:00 Uhr, Ende 20:20 Uhr
Dienstag, 21.11.2023: Beginn 09:00 Uhr, Ende 16:00 Uhr

Die Tagesordnung wird wie folgt abgewickelt:

A. Tagesordnung:

Punkt 1: Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanentwurfs 2024 einschließlich Wirtschaftspläne und Stellenplan
Vorlage: BV/0608/2023

B. Verwiesene Tagesordnungspunkte:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden in der Sitzung des Stadtrates am 16.11.2023 zur Beratung in die vorliegende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verwiesen:

1. Punkt Ö43: Eckwertebeschluss 2024 (BV/0636/2023)

2. Punkt Ö64: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Integrierte Haushalts- und Nachhaltigkeitssteuerung (AT/168/2023)

Zu A. Tagesordnung:

Allgemeines:

Oberbürgermeister Langner eröffnet die Sitzung und weist auf den von der Verwaltung erstellten zeitlichen Ablaufplan hin. Es wird auf die aktuelle Entwicklung hinsichtlich der Flüchtlingsfinanzierung hingewiesen. Die Landesregierung hat vergangenen Donnerstag per Pressemitteilung verlautbart, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel von 67,2 Mio. Euro an die Kommunen weitergeleitet werden sollen und zudem zur Abmilderung der Ukraine-Krise einmalig zusätzliche Mittel von 200 Mio. Euro in 2024 den Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die genaue Höhe der auf die einzelnen Kommunen entfallenden Zuweisungen ist derzeit nicht bezifferbar, da die Berechnungsgrundlagen noch nicht vorliegen. Sobald das Land verifizierte Daten bekanntgibt, werden die auf Koblenz entfallenden Mehreinnahmen in den Etatentwurf 2024 eingeplant. Nach vorläufigen internen Berechnungen ist mit deutlichen Mehreinnahmen zu rechnen, die es aller Voraussicht nach ermöglichen werden, im Finanzhaushalt einen Ausgleich -ohne Hebesatzerhöhungen der Grundsteuer A und B- zu erreichen. Damit wären die im Etatentwurf 2024 eingeplanten Steuererhöhungen nicht notwendig, sodass die von der Verwaltung beigefügte Entwurfsvorlage (Anlage 9 zur BV/0608/2023) zunächst nicht weiter thematisiert werden braucht.

Amtsleiter Grings (Amt 20) stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 1**) die aktuellen Eckwerte des Haushaltsplanentwurfs 2024 vor. Es werden u. a. auch die Auswirkungen der sich zwischenzeitlich ergebenden Nachmeldungen seit Einbringung des Etatentwurfs 2024 deutlich gemacht. Zudem wird auf verschiedene andere Aspekte eingegangen. Darüber hinaus stellt Amtsleiter Kux (Amt 10) ebenfalls anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 2**) die Entwicklungen bei den Personalkosten vor.

Im Verlaufe der zweitägigen Haushaltsberatungen 2024 ergaben sich verschiedene Arbeitsaufträge an die Verwaltung, welche noch von der Verwaltung abzuarbeiten sind. Eine Übersicht aller Arbeitsaufträge ist diesem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt. Die dort enthaltenen Punkte sind in diesem Protokoll nicht noch einmal aufgeführt. Des Weiteren sind die Stellungnahmen der Verwaltung im Rahmen der Anhörung der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanentwurf 2024 als **Anlage 4** diesem Protokoll beigefügt.

Konsumtiver Haushalt:

Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung

Produkt 1114 (Gremien), Seite 116

Ratsmitglied Knopp (CDU) beantragt, den Ansatz für die Zuwendungen an die Fraktionen analog der Anpassung der Ratsentschädigung zu erhöhen. Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass dieses Thema Teil der Verhandlungen nach der anstehenden Kommunalwahl sein wird. Zudem sei für eine Erhöhung ein Ratsbeschluss nötig. Nachdem die Fraktionsvorsitzenden Lipinski-Naumann (SPD), Schupp (WGS) und Bourry (Die Grünen) ausgeführt haben, dass sie die derzeit verfügbaren Mittel als ausreichend erachten, schlägt Ratsmitglied Schumann-Dreyer (CDU) vor, den Antrag zu weiteren Beratungen zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung erfolgt

Produkt 5543 (Klimaschutz), Seite 120

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, den Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit um 50.000 Euro zu kürzen. Fraktionsvorsitzender Schöll (FDP) schließt sich dem Antrag an. Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) gibt zu bedenken, dass der Ansatz gegenüber dem Vorjahr bereits gekürzt sei.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Teilhaushalt 02 – Bürgerdienste

Keine Anträge

Teilhaushalt 03 – Umwelt

Keine Anträge

Teilhaushalt 04 – Wirtschaft

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, auf Wochenmärkten im Koblenzer Stadtgebiet kostenfreies WLAN zu installieren und bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Teilhaushalt 05 – Sicherheit und Ordnung

Keine Anträge

Teilhaushalt 06 – Soziales und Jugend

Produkt 3311 (Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege), Seite 386

Fraktionsvorsitzende Bourry (Die Grünen) beantragt, die Zuschüsse an den Frauennotruf um 5.100 Euro zu erhöhen, so dass dem Frauennotruf insgesamt 10.200 Euro zur Verfügung stehen. Ratsmitglied Keul-Göbel (FW) schließt sich dem Antrag an.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) beantragt, die Zuschüsse an freie Träger um einen Pauschalbetrag von 100.000 Euro zu erhöhen. Ratsmitglied Keul-Göbel (FW) unterstützt diesen Antrag. Auf Begehren von Fraktionsvorsitzender Bourry (Die Grünen) wird der Antrag dahingehend konkretisiert, dass die Zuschusserhöhung an den Frauennotruf in Höhe von 5.100 Euro im Pauschalbetrag als feststehender Betrag enthalten ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Produkt 3631 (Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe), Seite 414

Ratsmitglied Sauer (CDU) verweist auf den Antrag des Ortsbeirates von Rübenach auf Ausweitung der aufsuchenden Jugendhilfe auf eine werktägliche Stelle.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt zusammen mit den Fraktionen „Die Grünen“ und „Die Linke“, zusätzlich zu den Haushaltsmitteln für die Ausweitung der aufsuchenden Jugendhilfe in Rübenach, Mittel für die Stadtteile Neuendorf und Pfaffendorf einzuplanen und somit insgesamt für alle 3 Stadtteile 50.000 Euro bereitzustellen.

Auf Anregung von Amtsleiter Kux (Amt 10) soll auf Grundlage einer noch vorzulegenden Kostenaufstellung über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Rahmen der Stellenplanberatungen entschieden werden

(Protokollhinweis: Siehe Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, Stellenplanberatungen).

Teilhaushalt 07 – Sport

Produkt 4211 (Förderung des Sports), Seite 460

Ratsmitglied Naumann (SPD) beantragt, die etatisierten Haushaltsmittel der Zuschüsse für Sportveranstaltungen um 50.000 Euro auf dann wieder 100.000 Euro zu erhöhen. Ratsmitglied Schumann-Dreyer (CDU) unterstützt diesen Antrag.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Teilhaushalt 08 – Schulen

Produkt 2111 (Grundschulen), Seite 492

Ratsmitglied Keul-Göbel (WGS) stellt den Antrag, 150.000 Euro Planungsmittel für den Neubau oder die Sanierung der Grundschule Arenberg zu etatisieren. Seitens der CDU-Fraktion wird dieses Anliegen unterstützt.

Amtsleiter Karbach (Amt 40) merkt an, dass die Verwaltung in Abstimmung mit der ADD aus wirtschaftlichen Gründen anstatt einer Sanierung den Neubau der Schule anstrebe.

Nach Hinweis von Herrn Heinen (ZGM), dass bereits konsumtive Haushaltsmittel eingeplant sind, wurde über den Antrag nicht abgestimmt. Sobald die Kosten eines Neubaus näher bestimmt werden können, werden zu gegebener Zeit die notwendigen Planungsmittel im Investitionshaushalt eingeplant.

Teilhaushalt 09 – Kultur

Produkt 2811 (Heimat- und Kulturpflege), Seite 584

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) beantragt, den Zuschuss für die Martinsumzüge von 1,00 Euro pro Kind auf 1,50 Euro pro Kind zu erhöhen. Dies entspricht einem Ansatz von 7.500 Euro. Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) und Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) schließen sich dem Antrag an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) beantragt weiterhin, den Ansatz für den Zuschuss an das Rhein-Museum in 2024 von 30.000 Euro auf 40.000 Euro zu erhöhen. Der zusätzliche Ansatz von 10.000 Euro steht unter dem Vorbehalt, dass das Rhein-Museum Exponate des Romantismus übernimmt. Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) schließt sich dem Antrag an.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Produkt 2711 (Volkshochschule), Seite 600

Ratsmitglied Wilhelm (Linke-PARTEI) beantragt, für die Volkshochschule einen Ansatz in Höhe von 2.000 Euro für Veranstaltungen zu etatisieren.

Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass hierfür ausreichende Mittel im Budget der Volkshochschule vorhanden sind.

Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung

Produkt 2511 (Mittelrhein-Museum), Seite 612

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) regt an, in den Erläuterungen die Höhe der Ansätze für die Öffentlichkeitsarbeit und Annoncen zu begründen.

Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen und Verkehr

Produkt 5111 (Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen)

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) regt an, dass Ratsmitglieder, die an Sitzungen des Gestaltungsbeirates teilnehmen, auch ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 Euro erhalten, da im Rahmen der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit Aufwendungen entstehen, die zu erstatten sind (z. B. Parkentgelte).

Auf Vorschlag von Fraktionsvorsitzender Lipinski-Naumann (SPD) wird die Entscheidung über das Anliegen zurückgestellt und soll nach Durchführung der Kommunalwahlen im nächsten Sommer neu beraten werden. Dieser Vorschlag wird von der Fraktionsvorsitzenden Bourry (Die Grünen) unterstützt.

Produkt 5231 (Denkmalschutz und -pflege)

Ratsmitglied Naumann (SPD) bittet um die Anbringung einer Beschilderung auf der gegenüberliegenden Seite des Obeliskens am Oberwerth, damit dieser stärker zur Geltung kommt.

Zusätzlich macht Ratsmitglied Naumann (SPD) auf den bestehenden Sanierungsbedarf am Deutschen Eck aufmerksam. Dieser sei bekannt und auch anerkannt mit Hinweis auf das Protokoll des Denkmalpflegebeirates vom 15.02.2023. Demnach sollte bereits eine Sanierung in den Jahren 2022/2023 erfolgen. In 2024 und auch in den Vorjahren wären keine Mittel hierfür eingeplant. Ratsmitglied Naumann (SPD) empfiehlt, nochmals den Sanierungsbedarf zu prüfen und bei positivem Befund die Sanierung schnellstmöglich anzugehen.

Baudezernent Flöck weist daraufhin, dass im Produkt 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ Haushaltsmittel für die Beauftragung eines Ingenieurbüros eingeplant sind. Für den Haushalt 2025 sollen konkret Haushaltsmittel für die Sanierung eingeplant werden und die Ausschreibung zur Sanierung erfolgen.

Amtsleiter Kroh (ZGM) ergänzt, dass die Details hinsichtlich des Sanierungsbedarfs am Deutschen Eck am 12.12.2023 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität vorgestellt werden.

Produkt 5471 (ÖPNV)

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) beantragt Haushaltsmittel für eine Studie zwecks möglicher Fortführung der Seilbahntrasse von Ehrenbreitstein zum Quartier Niederberg.

Baudezernent Flöck begrüßt den Antrag und empfiehlt, Haushaltsmittel i. H. v. 20.000 Euro einzustellen jedoch nicht bei dem Produkt 5471 „ÖPNV“, sondern bei **Produkt 5111 „Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen“**.

Ratsmitglied Dr. Kleemann (Die Grünen) und Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) unterstützen ebenfalls den Antrag.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) spricht für die Herstellung eines PKW-Parkplatzes zur Nutzung durch die Bevölkerung aus. Hierfür biete sich der Parkplatz auf dem Bundeswehrgelände an.

Baudezernent Flöck führt aus, dass nach Rechtskraft der Haushaltssatzung 2024, die Leistungsverzeichnisse erstellt und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität vorgestellt werden. Hinsichtlich des Parkplatzes auf dem Bundeswehrgelände bestehen vertragliche Vereinbarungen, die durch den Bund kurzfristig gekündigt werden können, wenn die Fläche anderweitig vom Bund benötigt würde.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Produkt 5551 (Kommunaler Forstbetrieb), Seite 702

Ratsmitglied Dr. Kleemann (Die Grünen) beantragt für Maßnahmen zum Wasserrückhalt im Koblenzer Stadtwald, Mittel in Höhe von 100.000 Euro zu etatisieren, damit Vorsorge für längere Trockenzeiten getroffen werden kann.

Baudezernent Flöck teilt mit, dass es einen Antrag im Stadtrat gab, der in den Forstausschuss verwiesen wurde. Er gab zu bedenken, dass die Mittel auch tatsächlich in 2024 verausgabt werden. Es kommt darauf an, welche Maßnahmen zum Wasserrückhalt von der Verwaltung in Abstimmung mit der L definiert werden. Fraktionsvorsitzender Schöll (FDP) regt an, die Stellungnahme von Landesforsten abzuwarten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

Produkt 1144 (Zentrales Gebäudemanagement), Seite 714

Ratsmitglied Schumann-Dreyer (CDU) beantragt für die Planung eines Parkdecks an der BBS Technik in Moselweiß, Mittel in Höhe von 20.000 Euro zu etatisieren. Durch den Wegfall von 100 Parkplätzen, bedingt durch den Ausbau der Beatusstraße, besteht aus ihrer Sicht die Notwendigkeit, auf der Schotterparkplatzfläche an der Schule ein Parkdeck zu errichten.

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) schließt sich dem Antrag an.

Baudezernent Flöck teilt mit, dass aktuell ein Interessenbekundungsverfahren von der Wirtschaftsförderung ausgeschrieben wird, um einen Marktüberblick zu erhalten, ob private Investoren zur Verfügung stehen, die dieses Parkdeck mit einem verwaltungsseitig abgestimmten Parkgebührensatz betreiben möchten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) fragt nach, ob die Studie zu den Schulsporthallen der Berufsbildenden Schulen in Auftrag gegeben wurde und der Stadt das Ergebnis dieser vorliegt. Nach Aussage von Kulturdezernentin Dr. Theis-Scholz benötigt die Verwaltung im Hinblick auf die Fördersystematik noch Zeit.

Fraktionsvorsitzende Bouiry (Die Grünen) beantragt Planungsmittel in Höhe von 20.000 Euro für die Errichtung von Sporthallen an den Berufsbildenden Schulen, damit es nach Vorlage des Ergebnisses der Machbarkeitsstudie/Bedarfsanalyse zügig weitergehen kann. Amtsleiter Kroh (Amt 65) gibt zu bedenken, dass die Planungskapazitäten beim ZGM schon überreizt sind.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

Produkt 1233 (Straßenverkehrsbehörde), Seite 724

Beigeordneter Flöck erläutert den Entwurf der Unterrichtungsvorlage zur Anpassung der Bewohnerparkgebühren ab dem Haushaltsjahr 2024 aufgrund der neuen Landesverordnung (Anlage 10 zur BV/0608/2023).

In der anschließenden Diskussion wird seitens der Fraktionen insbesondere die hohe Steigerung der Gebühren im Vergleich zur bisher geltenden Regelung moniert und es wird angeregt, einen angemesseneren Rahmen festzulegen.

Produkt 5511 (Öffentliches Grün), Seite 818

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, die Spielgeräte an der Grillhütte Niederberg wiederaufzubauen und dafür Mittel in Höhe von 20.000 Euro zu etatisieren.

Baudezernent Flöck weist darauf hin, dass es sich um keine städtischen Spielgeräte handelte und dass Spielgeräte generell nach den Unfallverhütungsvorschriften permanent zu prüfen sind. Er gibt auch zu bedenken, dass die Stadt eine hohe Anzahl von Grillhütten hat.

Fraktionsvorsitzende Bourry (Grüne) spricht sich ebenso gegen den Aufbau von Spielgeräten an der Grillhütte Niederberg aus.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, Planungsmittel für die gepflasterte Fläche im Bereich des alten Einkaufszentrums auf der Karthause, im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, einzustellen.

Baudezernent Flöck weist darauf hin, dass es sich hierbei um die Beseitigung von Stolperfallen handeln dürfte und die Sanierung dieser Fläche mit den eingepplanten konsumtiven Mitteln erfolgen könnte.

Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung erfolgt

Teilhaushalt 11 – Zentrale Finanzleistungen

Keine Anträge

Investiver Haushalt:

Alle Teilhaushalte

Aus der Mitte des Ausschusses wird angeregt, ab sofort auch bei den Globalprojekten, wie es bereits bei den Einzelprojekten der Fall ist, auch die Gesamtein- und -auszahlungen auszuweisen.

Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung

P011001 Förderprogramm „500-Dächer-Programm“, Seite 124

Ratsmitglied Knopp (CDU) beantragt, für das Jahr 2025 Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 Euro einzuplanen. Oberbürgermeister Langner weist auf einen möglichen Mitnahmeeffekt bei dem Förderprogramm hin.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

Teilhaushalt 02 – Bürgerdienste

Keine Anträge

Teilhaushalt 03 – Umwelt

Keine Anträge

Teilhaushalt 04 – Wirtschaft

Keine Anträge

Teilhaushalt 05 – Sicherheit und Ordnung

Z311001 (Erweiterung Ordnungsamt), Seite 301

Ratsmitglied Kleemann (Die Grünen) schlägt vor, das Wort „evtl.“ in der Erläuterung zum Projekt zu streichen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Q370001 (Global Brandschutz), Seite 318

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, einen Ansatz von 50.000 Euro für die Ausstattung der freiwilligen Feuerwehren zu etatisieren. Angeschafft werden sollen insbesondere Wärmebildkameras, Totmannmelder und Atemluftflaschen aus Kunststoff.

Amtsleiter Maxeiner (Amt 37) erläutert, dass die Notwendigkeit fachlich nicht gegeben sei und zudem ein zusätzlicher Wartungsaufwand entstehen würde.

Bürgermeisterin Mohrs bekräftigt die Notwendigkeit der Wartung. Sie schlägt vor, dass zunächst mit allen Einsatzführern der freiwilligen Feuerwehren die möglichen Anschaffungen abgestimmt werden sollen. Erst dann, wenn die Einsatzführer sich mehrheitlich dafür aussprechen würden, sollten diese Ausstattungsgegenstände beschafft werden.

Fraktionsvorsitzende Bourry (Die Grünen) schließt sich den Ausführungen der Bürgermeisterin an.

Ratsmitglied Schumann-Dreyer (CDU) regt an, im Erläuterungstext einen entsprechenden Vorbehalt für die Freigabe der Mittel anzubringen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Teilhaushalt 06 – Soziales und Jugend

Keine Anträge

Teilhaushalt 07 – Sport

**P521040 (Zweigeschossiger Überbau zwischen Fechthalle und CGM-Arena) /
P521041 (Energetische Sanierung CGM-Arena), Seite 471**

Ratsmitglied Dr. Kleemann (Die Grünen) beantragt, bei beiden vorgenannten Projekten, die für das Jahr 2025 angesetzten Planungsmittel von jeweils 50.000 Euro in das Jahr 2024 vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Teilhaushalt 08 – Schulen

Z400004 Zutrittskontrolle Schulen, Seite 535

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) regt an, die Einrichtung der Zutrittskontrollen nicht auf die Jahre bis 2027 aufzuteilen, sondern vollumfänglich bereits in 2024 zu realisieren.

Kulturdezernentin Dr. Theis-Scholz erklärt, dass das ZGM die Zutrittskontrollen auf die jeweiligen Schulstandorte zunächst prüft bzw. schließlich auch den Standort anpasst. Die Stadt Koblenz hat 25 Grundschulen und die Umsetzung aller Zutrittskontrollen in 2024 erscheint nicht umsetzbar.

Amtsleiter Kroh (ZGM) merkt an, dass in 2024 nicht alle Zutrittskontrollen realisiert werden können. Die Kapazitäten des ZGM, der Ingenieure und der Fachfirmen reichen hierfür nicht aus. Baudezernent Flöck teilt mit, dass das Investitionsvolumen in 2024 bereits jetzt schon sehr hoch ist und das ZGM an seine Grenzen des Machbaren kommt.

Z401115 Schulhofsanierung GS Schenkendorf, Seite 545

Fraktionsvorsitzende Bourry (Die Grünen) bittet um Auskunft, ob die Toiletten an der Grundschule Schenkendorf saniert werden sollen und ob hierfür Haushaltsmittel eingeplant sind. Herr Heinen (ZGM) erläutert, dass die Sanierung der Toilettenanlagen zunächst im Sanierungspaket inkludiert war. Durch die neue Sachlage und des Umzuges an die Zimmermannsche Schule wird die Planung zwecks Schulhofsanierung an der GS Schenkendorf inkl. Toilettenanlage in Abstimmung mit dem Schulverwaltungsamt und der Schulleitung nochmal neu aufgenommen. Erst danach kann entschieden werden, ob die Toilettenanlage neu gebaut oder instandgesetzt wird.

Z401144 (NEU) Neubau Sporthalle GS Wattersheim, Seite 557

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) beantragt, Planungsmittel i. H. v. 20.000 Euro für einen Sporthallen Neubau an der Grundschule Wattersheim einzustellen.

Nach Aussage von Kulturdezernentin Dr. Theis-Scholz strebte man in Wattersheim zunächst den Bau einer Vereinssporthalle an. Mit einem Schulsporthallenneubau an der Grundschule

Wallerstheim soll nunmehr eine Lösung geschaffen werden, die sowohl Schul- und Vereinsbedarfe abdeckt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Z401145 (NEU) Neubau Sporthalle GS Arenberg, Seite 557

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) beantragt, Planungsmittel i. H. v. 20.000 Euro für einen Neubau der Sporthalle an der Grundschule Arenberg einzustellen.

Kulturdezernentin Dr. Theis-Scholz ergänzt, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sportstättenentwicklung in 2022 eine Bedarfsanalyse für alle Schulsportstätten in Koblenz in Auftrag gegeben hat. Es liegt bisher noch kein endgültiges Prüfergebnis vor.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Teilhaushalt 09 – Kultur

Keine Anträge

Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen und Verkehr

Z651005 Neubau öffentliche Toilettenanlage in Ehrenbreitstein, Seite 721

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt Planungsmittel in Höhe von 50.000 Euro für die Errichtung einer öffentlichen Toilettenanlage in Ehrenbreitstein.

Baudezernent Flöck weist darauf hin, dass aus Sicht der Verwaltung nicht die Notwendigkeit besteht, eine öffentliche Toilettenanlage in Ehrenbreitstein zu errichten. Des Weiteren würden hierzu Planungsmittel in Höhe von 30.000 Euro ausreichen.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) modifiziert ihren Antrag auf einen Ansatz von 30.000 Euro.

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) erklärt, das Anliegen zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

P661184 Neugestaltung Schenkendorfplatz, Seite 793

Fraktionsvorsitzende Bourry (Die Grünen) beantragt, zusätzliche Mittel von 50.000 Euro in 2024 für die Beschaffung von Stadtmöbeln zu etatisieren.

Baudezernent Flöck weist daraufhin, dass hierfür 50.000 Euro zu viel sind. Die Schaffung von 2 Sitzgelegenheiten in diesem Bereich sei ausreichend und hierfür genügen Haushaltsmittel von 10.000 Euro. Fraktionsvorsitzende Bourry (Die Grünen) ist mit der Veranschlagung von 10.000 Euro einverstanden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

P661202 Mainzer Str., Verbesserung Geh- und Radweg zw. Schenkendorfstr. und Mainzer Tor (3. BA), Seite 802

Ratsmitglied Hennchen (FDP) beantragt die Maßnahme zeitlich um ein Jahr zurückzustellen, da die Notwendigkeit des Vorhabens unter Berücksichtigung der Haushaltslage nicht erkennbar sei.

Ratsmitglied Paul (AFD) schließt sich dem Antrag angesichts der hohen Gesamtkosten und der geringen Frequenz des Radfahraufkommens in diesem Bereich an.

Amtsleiter Dr. Mifka (Amt 66) erläutert die Maßnahme und macht insbesondere deutlich, dass die hohen Baukosten aus dem Umbau der einzelnen Knotenpunkte mit Ampeln sowie der barrierefreien Herrichtung der Querungsstellen resultieren. Zudem ist in den Sommermonaten eine hohe Auslastung der Rheinanlagen festzustellen, so dass wiederholt Konfliktsituationen zwischen Fußgängern und Radfahrern auftreten und die Schaffung einer Ausweichmöglichkeit für Radfahrende erforderlich ist.

Beigeordneter Flöck weist zudem darauf hin, dass die Maßnahme in 2024 angegangen werden muss, da andernfalls aufgrund der in diesem Bereich anstehenden Brückenbaumaßnahme über der Neustadt/ B49 eine Realisierung erst ab 2027 möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

P661211 Zufahrtsschutz Innenstadt, Seite 802

Ratsmitglied Dr. Kleemann (Die Grünen) beantragt, die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahme zu streichen und lediglich Planungsmittel von 10.000 Euro für die Erstellung eines alternativen Konzeptes zu etatisieren. Die in 2023 nicht benötigten Mittel sollen nach 2024 übertagen werden.

Die Fraktionen WGS, SPD und Linke-Partei schließen sich dem Antrag an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

P661227 (NEU) Stationäre Überwachung Durchfahrtsverbot Moselweiß, Seite 808

Ratsmitglied Schumann-Dreyer (CDU) beantragt, Mittel in 2024 für die Installation einer stationären Überwachungsanlage zur Durchsetzung eines morgendlichen Einfahrtverbotes im Stadtteil Moselweiß in der Gülser Straße, Ecke B49 von Lay kommend zu veranschlagen. Eine wesentliche Beruhigung des Verkehrsaufkommens in der Gülser Straße konnte allein mit dem Wechselverkehrszeichen bislang nicht erreicht werden. Es wird immer wieder rechtswidrig eingefahren.

Beigeordneter Flöck erklärt, dass hierfür 150.000 Euro benötigt werden. Die Maßnahme ist weitestgehend geplant, sodass in 2024 die Umsetzung erfolgen könnte.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

P671035 Neugestaltung des Moselufers in Güls, Seite 828

Ratsmitglied Ackermann (Grüne) beantragt aus Verkehrssicherheitsgründen für die Neugestaltung des Moselufers in Güls, Planungsmittel in Höhe von 25.000 Euro zu etatisieren. Hierbei sollen u. a. der Rad-/Gehweg verbreitert werden und eine Gestaltung der Vorfläche des Schiffsanlegers erfolgen.

Baudezernent Flöck führt aus, dass es sich jetzt um ein größeres Projekt handelt und zu der Gestaltung des Schiffsanlegers jetzt auch noch u. a. der Rad-/Gehweg als Teilprojekt hinzukommt. Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) schließt sich dem Antrag an.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

P671036 (NEU) Bebauungsplan 152 - Öffentliches Grün inkl. Wegebau, Seite 828

Ratsmitglied Keul-Göbel (FW) beantragt für die Bepflanzung der Grünfläche im Bereich der Rüsternallee, hinter der Fachhochschule auf der Karthause, Planungsmittel in Höhe von 25.000 Euro zu etatisieren.

Baudezernent Flöck weist darauf hin, dass die Planung für diese Grünfläche noch nicht im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschlossen wurde und insofern auch noch keine Mittel im Haushalt vorgesehen sind.

Amtsleiter Dr. Mifka (Amt 66) erklärt, dass der Bebauungsplan 152 "Hochschulgebiet am Südknoten Karthause" sich aus zwei Teilen zusammensetzt, die von Amt 66 (Neuordnung des Straßenbereiches, des Parkens und Querungshilfen) und EB 67 bearbeitet werden. Für die Finalisierung und Umsetzung werden noch Planungsmittel hinsichtlich der Bepflanzung der Grünfläche inklusive Wegebau beim EB 67 benötigt.

Baudezernent Flöck schlägt vor, dass die Verwaltung die Konzeption zu diesem Projekt/ Bebauungsplan im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität im Februar 2024 vorstellt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Teilhaushalt 11 – Zentrale Finanzleistungen

Keine Anträge

Wirtschaftspläne:

Oberbürgermeister Langner ruft die Beratung der Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 auf.

Forstwirtschaftliche Unternehmen der Stadt Koblenz

EB 17 / Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz

EB 67 / Grünflächen- und Bestattungswesen

EB 70 / Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

EB 83 / Rhein-Mosel-Halle

EB 85 / Stadtentwässerung

Zum Aufruf der vorgenannten Wirtschaftspläne ergaben sich keine Änderungen.

Zu B. Verwiesene Tagesordnungspunkte:

1. Punkt Ö43: Eckwertebeschluss 2024 (BV/0636/2023)

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, den Eckwert Nr. 11 „Von der Erhöhung der Realsteuerhebesätze wird im Haushaltsjahr 2024 abgesehen.“ zu ergänzen.

Ratsmitglied Knopp (CDU) verweist auf den gleichlautenden Antrag der CDU-Ratsfraktion aus der Sitzung des Stadtrates vom 16.11.2023.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: Einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis Eckwertebeschluss 2024: Einstimmig beschlossen

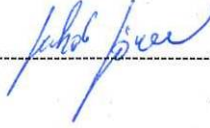
2. Punkt Ö64: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Integrierte Haushalts- und Nachhaltigkeitssteuerung (AT/168/2023)

Nach Hinweis auf die entsprechende Stellungnahme der Verwaltung (ST/0157/2023) und dem Austausch verschiedener Erfahrungen und Sichtweisen hinsichtlich der Steuerung durch Ziele und Kennzahlen wurde über den Antrag nicht abgestimmt.

Die Protokollführenden:

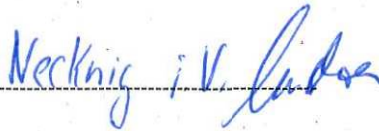
Jakob Löwen

Anwesenheit,
Allgemeine Einführung,
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“,
Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzleistungen“



Martina Necknig

Teilhaushalt 1 „Innere Verwaltung“,
Teilhaushalt 3 „Umwelt“,
Teilhaushalt 6 „Soziales“,
Teilhaushalt 7 „Sport“



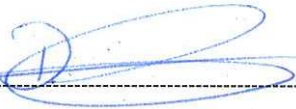
Lukas Scheid

Teilhaushalt 2 „Bürgerdienste“,
Teilhaushalt 4 „Wirtschaft“,
Teilhaushalt 5 „Sicherheit und Ordnung“,
Teilhaushalt 9 „Kultur“




Dominik Müller

Teilhaushalt 6 „Jugend“,
Teilhaushalt 8 „Schulen“,
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“



Frank Böckling

Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“,
Wirtschaftspläne



Der Vorsitzende:



(Oberbürgermeister)

Koblenz, 15.01.2024